

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 24. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 13. Juni 2013</b></p>
---

Beginn: 15.40 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

**Anwesende: I      *Deputation***

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Liess  
Herr Gottschalk  
Herr Sulimma  
Frau Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Strohmänn

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**II      *Verwaltung***

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Kleemann  
Frau Dr. Reuther  
Frau Rüpke  
Frau Odenkirchen  
Frau Pieper  
Herr Viering  
Herr Jäger  
Herr Polzin  
Herr Weiss  
Herr Donaubauer  
Herr Eickhoff  
Herr Leferink  
Herr Schreve  
Herr Rauch

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

**III Gäste**

Herr Oertel  
Herr Blanke

Naturschutzbeirat  
Beiratsprecher Huchting

**IV Gastdeputierte**

Frau Dr. Schierenbeck

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 24. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**Zurückgezogen wird TOP 11** Grundsanierung Bürgermeister-Spitta-Allee zwischen Schwachhauer Heerstraße und Kurfürstenallee

Als **Tischvorlage** liegen ergänzende Unterlagen zu **TOP 5** Bebauungsplan 2382 für ein Gebiet in Bremen – Überseestadt zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (einschließlich), Hansator und Hafengebändamm vor.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*einstimmig*

TOP 3	<b>Beauftragung des Vergabeausschuss für die Zeit der Parlamentsferien</b> -02-	Vorlage 18/250	L/S
-------	--	-------------------	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) ermächtigt den Vergabeausschuss, während der Zeit nach der letzten Deputationssitzung vor den Parlamentsferien bis zum ersten Zusammentreffen der Deputation nach den Parlamentsferien anstelle der Deputation die der Deputation nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Deputationen obliegenden Aufgaben zu erledigen mit Ausnahme der ihr von der Stadtbürgerschaft übertragenen Beschlüsse.*

*einstimmig*

TOP 4	<b>Bebauungsplan 2444 für ein Gebiet in Bremen-Walle, um den Holz- und Fabrikenhafen zwischen Eduard-Suling- Straße, Überseetor, Nordstraße, Bremerhavener Straße, Werftstraße, Stapelfeldstraße und Gröpelinger Fährweg</b>  <b>Planaufstellungsbeschluss</b> -62-/-FB 01-	Vorlage 18/262
-------	--	-------------------

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Schierenbeck** erklärt **Herr Viering**, dass die Frage der Fahrradwegeplanung nicht Bestandteil der Bauleitplanung sei und in einem anderen Verfahren zu klären sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Walle um den Holz- und Fabrikenhafen zwischen Eduard-Suling-Straße, Überseetor, Nordstraße, Bremerhavener Straße, Werftstraße, Stapelfeldstraße und Gröpelinger Fährweg ein Bebauungsplan nach BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

*einstimmig*

TOP 5	<b>Bebauungsplan 2382 für ein Gebiet in Bremen – Überseestadt zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (ein- schließlich), Hansator und Hafenbahndamm</b>  <b>Öffentliche Auslegung</b> -62-/-FB01-	Vorlage 18/263
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2382 für ein Gebiet in Bremen – Überseestadt zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (einschließlich), Hansator und Hafenbahndamm. (Bearbeitungsstand: 21.05.2013) einschließlich Begründung zu.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2382 für ein Gebiet in Bremen – Überseestadt zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (einschließlich), Hansator und Hafenbahndamm. (Bearbeitungsstand: 21.05.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

*einstimmig*

TOP 6	<b>Bebauungsplan 2429 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Niedersachsendamm, Buntentorsdeich, östlich</b>	Vorlage 18/264
-------	--	-------------------

	<b>Max-Eyth-Straße und südlich Sophie-Germain-Straße</b>  - Öffentliche Auslegung -64-/-FB01-	
--	--	--

**Frau Dr. Schaefer** bittet darum, dass bei den geplanten Ersatzpflanzungen Laubbaumarten gewählt werden, die ökologisch und unter dem Aspekt des Klimawandels sinnvoll seien

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2429 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Niedersachsendamm, Buntentorsdeich, östlich Max-Eyth-Straße und südlich Sophie-Germain-Straße (Bearbeitungsstand: 07.05.2013) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt wird.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2429 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Niedersachsendamm, Buntentorsdeich, östlich Max-Eyth-Straße und südlich Sophie-Germain-Straße (Bearbeitungsstand: 07.05.2013) mit Begründung zu.“
3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2429 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Niedersachsendamm, Buntentorsdeich, östlich Max-Eyth-Straße und südlich Sophie-Germain-Straße (Bearbeitungsstand: 07.05.2013) mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

einstimmig

<b>TOP 7</b>	<b>Bebauungsplan 2431 für ein Gebiet in Bremen - Woltmershausen zwischen Visberker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg</b>  - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung -64-/-FB01-	Vorlage 18/265
--------------	---	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** möchte wissen, wie die unterschiedlichen Werte hinsichtlich der PAK Belastung im Grundwasser zu bewerten seien. Einerseits sei der LAWA-Prüfwert von 1µg/L PAK überschritten, andererseits liege aber der Anwohnerinformationswert bei 6µg/L. Für Trinkwasser gelte hingegen ein Grenzwert von 0,2 1µg/L.

**Herr Leferink** führt aus, dass es sich um verschiedene Bewertungsebenen handele. Bei den Maßnahmenswellenwerten und den Prüfwerten für das Grundwasser handele es sich um ein Beurteilungskriterium für die Güte des Grundwassers selbst. Das Schutzgut sei hier das Grundwasser und jede Abweichung von einem natürlichen, also möglichst wenig belasteten Zustand werde mit Hilfe dieser Werte charakterisiert. Unabhängig von der Menge oder von der Größenordnung gelte das Grundwasser bei einer Überschreitung dieser Werte als verschmutzt. Für die Festlegung des Anwohnerinformationswerts sei ausschlaggebend, ob eine Gesund-

heitsgefährdung durch eine Förderung und Nutzung von Grundwasser bestehen könnte. Dazu gehört neben der Konzentration der PAK im Grundwasser auch die Stärke der Exposition, d. h. die Menge des Wassers, die gefördert wird, die Dauer der Nutzung, die Empfindlichkeit und die Art der Aufnahme. Deswegen könne man diese beiden Zahlenwerte, die auf sehr unterschiedliche Art und Weise bestimmt werden, nicht direkt vergleichen. Die Exposition eines Gartennutzers durch belastetes Grundwasser sei vergleichsweise sehr gering im Vergleich zum Trinkwasser. Dort werde zugrunde gelegt, dass sich ein Mensch sein ganzes Leben lang ausschließlich von einer Flüssigkeitsquelle ernähre. Für die Beurteilung der Gefährdung durch Gartenbrunnennutzung gebe es bundesweit keine Prüf- und Grenzwerte. Dieser Informationswert sei in Bremen durch die Gesundheitsbehörde in Abstimmung mit der Umweltbehörde festgelegt worden. Es gehe im Bereich des Grundwassers aus Gartenbrunnen um vorsorgenden Gesundheitsschutz und nicht um Gefahrenabwehr.

Beschluss:

1. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Bebauungsplannentwurfs 2431 für ein Gebiet in Bremen- Woltmershausen zwischen Visbeker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg (Bearbeitungsstand: 13.05.2013) ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“*
2. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2431 für ein Gebiet in Bremen - Woltmershausen zwischen Visbeker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg (Bearbeitungsstand: 13.05.2013) einschließlich Begründung zu.“*
3. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2431 für ein Gebiet in Bremen - Woltmershausen zwischen Visbeker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg (Bearbeitungsstand: 13.05.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“*

einstimmig

<b>TOP 8</b>	<b>Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum</b> - nördlich Lesumer Heerstraße - östlich Eichenhof - südlich Friedehorstparks - westlich Brunnenhofstraße (Öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/254
--------------	---	-------------------

**Herr Sulima** begrüßt, dass durch die Erhaltung des alten Baumbestandes der parkartige Charakter dieses Gebietes erhalten bleibe. Dies finde auch Ausdruck in einer sehr behutsamen Verkehrsführung.

Auch **Frau Dr. Schaefer** begrüßt dies. Es gebe jedoch vor Ort Befürchtungen, dass bei den Baumaßnahmen zu erhaltende Bäume beschädigt werden könnten. Sie bittet darum die Bäume während der Bauphase mit geeigneten Maßnahmen zu schützen.

**Herr Oertel** teilt diese Einschätzung und berichtet von anderen Bauprojekten, bei denen Bäume während der Bauphase oder auch durch zu dichte Bebauung so schwer geschädigt worden seien, dass sie nicht erhalten werden konnten. Entgegen der sonst üblichen Festsetzungen seien in diesem Bebauungsplan die im Rahmen dieses Vorhabens zu entfernenden Bäume nicht dargestellt. Während der Bauphase müssten die Wuchsbereiche z. B. durch Gitterzäune wirksam geschützt werden, und es müsse dafür Sorge getragen werden, dass Materiallager nicht zu nah an solchen Bäumen angelegt werden. Diese Maßnahmen erfordern eine Kontrolle vor Ort. Bei der Kartierung des neuen Gebäudebestandes müsse der Abstand zu den Bäumen funktionsgerecht und längerfristig geplant werden.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 56 (mit Vorhabenplan 56) für ein Gebiet in Bremen - Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ (Bearbeitungsstand:08.05.2013) einschließlich Begründung zu.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 56 (mit Vorhabenplan 56) für ein Gebiet in Bremen - Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ (Bearbeitungsstand: 08.05.2013) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.*

*einstimmig*

<b>TOP 9</b>	<b>46. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 Burglesum - Gesundheitspark Peenemünder Straße – (Öffentliche Auslegung) -BBN-</b>	Vorlage 18/255
--------------	--	----------------

**Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 10 beraten.**

**Herr Liess** bedankt sich für die ergänzend verteilte Verkehrsuntersuchung. Er bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen die verkehrliche Erschließung des Gebietes darzustellen.

Auf Nachfrage von **Frau Neumeyer** erläutert **Herr Viering**, dass mit der Festsetzung zur Ansiedelung von Einzelhandel die endgültige Entscheidung über die Größe eines möglichen Einzelhandelsbetriebs in das Genehmigungsverfahren verlagert werde. Das entscheidende Kriterium sei die Verträglichkeit mit dem nahe gelegenen Stadtteilzentrum Lesum.

**Herr Staatsrat Golasowski** berichtet, dass es im Wirtschaftsressort Überlegungen gebe, sich entgegen der üblichen Vereinbarungen an den Kosten des Bauprojektes zu beteiligen. Diese Überlegungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 2001 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 - Burglesum (Gesundheitspark Peenemünder Straße, Bearbeitungsstand: 16.05.2013) einschließlich Begründung zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 2001 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 - Burglesum (Gesundheitspark Peenemünder Straße, Bearbeitungsstand: 16.05.2013) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.*

*einstimmig*

<b>TOP 10</b>	<b>Bebauungsplan 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum an der Peenemünder Straße zwischen - BAB A 270 - Petersenweg - Vereinigte Anstalten Friedehorst - Freesenkamp - Rotdornallee (Öffentliche Auslegung) -BBN-</b>	Vorlage 18/256
---------------	---	----------------

Diskussion siehe TOP 9

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Bau und Verkehr fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum an der Peenemünder Straße zwischen BAB A 270, Petersenweg, Vereinigte Anstalten Friedehorst, Freesenkamp und Rotdornallee auf das im Planentwurf (Bearbeitungsstand: 16.05.2013) bezeichnete Gebiet verringert wird.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 1209 für ein*

*Gebiet in Bremen-Burglesum an der Peenemünder Straße zwischen BAB A 270, Petersenweg, Vereinigte Anstalten Friedehorst, Freesenkamp und Rotdornallee (Bearbeitungsstand: 16.05.2013) einschließlich Begründung zu.*

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum an der Peenemünder Straße zwischen BAB A 270, Petersenweg, Vereinigte Anstalten Friedehorst, Freesenkamp und Rotdornallee (Bearbeitungsstand: 16.05.2013) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.

*einstimmig*

<b>TOP 11</b>	<b>Grundsanierung Bürgermeister-Spitta-Allee zwischen Schwachhauer Heerstraße und Kurfürstenallee</b> Bereitstellung der erforderlichen Planungsmittel -ASV-	Vorlage 18/244
---------------	--	-------------------

*zurückgezogen*

<b>TOP 12</b>	<b>Aufstellung der Haushaltsentwürfe 2014/2015</b> <b>- Beratung der Haushaltsvoranschläge -</b> -1-	Vorlage 18/253	L/S
---------------	--	-------------------	-----

Siehe Protokoll der 23. Sitzung der staatlichen Deputation vom 13.6.2013

Beschluss:

- 1) Die **Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)** nimmt die Haushaltsvoranschläge und den Entwurf des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Infrastruktur zur Kenntnis.
- 2) Die Deputation für **Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)** bestätigt die Darlegungen nach Art. 131a BremLV.

*gegen die Stimmen der Fraktion der CDU*

<b>TOP 13</b>	<b>Feststellung des Jahresabschlusses 2012 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SV Abfall)</b> -23-	Vorlage 18/245
---------------	---	-------------------

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Jahresabschluss 2012, den Lagebericht, die Erfolgsübersicht und den Bericht der Wirtschaftsprüfer zur Kenntnis. Der Jahresabschluss des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen (SVAbfall) gilt hiermit als festgestellt.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) erteilt dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Entlastung.

einstimmig

TOP 14	<b>Verwendung von Investitionsmitteln im öffentlichen Grün</b> -300-	Vorlage 18/260
--------	---	-------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass mit der Vorlage nicht über die Haushaltsmittel beschlossen werde, sondern die Verwendung bereits beschlossener Haushaltsmittel zur Kenntnis gegeben werde. Daher müsse der Beschlussvorschlag in Kenntnisnahme geändert werden.

**Herr Gottschalk** betont, dass die Maßnahme im Bereich Richard- Boljahn- Allee eine hohe Priorität habe, die Höhe der erforderlichen Mittel stelle jedoch eine Herausforderung dar. Eine Durchführung der Maßnahme sei aber dringend erforderlich.

**Herr Kurz** berichtet, dass dafür Mittel beim ASV beantragt werden sollen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.*

TOP 15	<b>Anpassung der Friedhofsgebühren – Erlass eines Ortsgesetzes zur Änderung der Gebührenordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen</b> -30-	Vorlage 18/266
--------	--	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung der Gebührenordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen zu.*

einstimmig

TOP 16	<b>Ausbau der Straßenbahnstrecken für die Linien 1 und 8 in Huchting</b> -5-	Vorlage 18/257
--------	---	-------------------

**Herr Blanke** schlägt vor, den Fahrradweg nicht wie geplant als Radfahrstreifen auf der Fahrbahn, sondern als gemeinsamen Rad- und Fußweg auf dem Gehweg zu führen. Seinen Berechnungen nach sei ausreichend Platz für einen baulichen Radweg. Es werde befürchtet, dass die geplante Führung auf der Fahrbahn dazu führe, dass LKW die Fahrradfahrenden nicht überholen könnten.

**Herr Polzin** erklärt, dass auch diese Variante intensiv geprüft worden sei. In der Abwägung habe die Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn jedoch mehr Vorteile. Einer davon sei, dass die Fahrbahn dadurch insgesamt breiter sei und beispielsweise ein havariertes Müllfahrzeug überholt werden könne, ohne den Gleiskörper zu überfahren. Dadurch könne wiederum der Gleiskörper begrünt und durchgängig als Rasengleis geführt werden. Die Mittellage sei ein zentrales Element, um dem Wunsch nach städtebaulicher Aufwertung nachzukommen. Die

Fahrbahn sei so dimensioniert, dass Fahrradfahrende auf dem Radfahrstreifen auch von einem LKW mit ausreichendem Sicherheitsabstand überholt werden können.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 17</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 17a)</b>	<b>Staubverwehungen von der Blocklanddeponie</b> -23-	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 17b)</b>	<b>Beseitigung von Totholz durch den Umweltbetrieb Bremen</b> - 30-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

**Herr Saxe** begrüßt, dass dazu mehr Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Er hält es jedoch für falsch, eine Fremdvergabe nahezu auszuschließen. Es sei bereits zu Beinahe- Unfällen gekommen. Es gehe um dicke Äste, die herabstürzen können und eine Gefahr darstellen.

**Herr Kurz** weist darauf hin, dass der UBB mit den Mitteln, die er bekomme auch selber wirtschaften solle. Eine Fremdvergabe werde im Zweifelsfall geprüft. Bei Gefahr im Verzug werde auch fremd vergeben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 17c)</b>	<b>Schaffung von Hundeausläufflächen</b> -30-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 17d)</b>	<b>Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürger-schaftsbeschlusses „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“</b> -7-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Frau Neumeyer** bittet darum, die Datenerhebung des Büro pro loco nachzureichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17e)	Gewerbegebiet Farge-Ost -21-	BdV schriftlich
----------	---------------------------------	--------------------

**Herr Imhoff** ist mit dem Bericht nicht zufrieden. Nach Aussagen von Leuten vor Ort sei mehr abgelagert worden, als in dem Bericht stehe. Er befürchtet, dass in Zukunft größere Probleme auftauchen könnten und bittet daher das Ressort, mit der notwendigen Sorgfalt vorzugehen.

**Frau Dr. Schaefer** berichtet, dass auch sie von Anwohnern in Farge angesprochen wurde, dass dort Fässer mit Totenköpfen vergraben worden seien. Sie verstehe nicht, weshalb sich diese Personen vorher nie bei der Umweltbehörde gemeldet haben. Es sei sicher zu stellen, dass keine Grundwasserkontamination auftrete. Das Grundwasser werde kontinuierlich gemessen und zeige keine Auffälligkeiten.

**Herr Gottschalk** erinnert daran, dass es damals eine andere Wahrnehmung gab. Es sei zu begrüßen, dass sich Zeugen dann daran erinnern, wenn das Thema in anderen Zusammenhängen aufkomme. Es sei nötig, dass sich jemand persönlich dazu bereit finde, gegenüber der Umweltbehörde von seinen Beobachtungen zu berichten, um zu klären, ob die Erinnerung konkrete Anhaltspunkte liefern könne.

**Herr Imhoff** weist darauf hin, dass das Gebiet vermarktet werden solle und daher besondere Sorgfalt geboten sei. Man könne den Menschen keinen Vorwurf machen, das Umweltverständnis sei 1975 ein ganz anderes gewesen. Er bietet an, einen Zeitzeugen zu bitten, mit dem Ressort zu sprechen.

**Herr Leferink** ergänzt, dass diese Altablagerung seit Anfang der neunziger Jahre bekannt sei. Es handele sich um eine wieder aufgefüllte ehemalige Sandgrube. Zur Bewertung dieser Altablagerung und der möglichen Gefahren, die davon ausgehen sei zunächst der Kenntnisstand zur Historie ausgewertet worden. Es folgten zwei Untersuchungen des Altablagerungskörpers. Seit fünfzehn Jahren laufe dort die Altlastenüberwachung. Alle Daten werden auf Plausibilität geprüft. Dabei seien bisher keine Widersprüche aufgetreten. Diese Aussage, dass seinerzeit tausend Fässer mit Totenköpfen versenkt worden sein sollen, war vorher nicht bekannt und konnte bisher nicht bestätigt werden. Jeder Hinweis werde ernst genommen und geprüft. Die Altablagerung werde laufend überwacht und aufgrund dieser Hinweise wurde bei der Frühjahrskampagne ein zusätzliches Screening des Grundwasserstroms auf bisher nicht untersuchte Parameter durchgeführt. Die Ergebnisse dazu liegen noch nicht vor. Beim Altlastenmonitoring werde der Grundwasser- Anstrom untersucht und mit dem Grundwasser hinter der Altablagerung verglichen, um festzustellen, was durch die Altablagerung eingetragen werde. Die Untersuchungen können jedoch nur Stichproben sein, weshalb es niemals eine absolute Sicherheit gebe. Dies veranlasse zu einer sehr umsichtigen und vorsichtigen Bewertung. Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** ergänzt **Herr Leferink**, dass aus Sicht der Altlastenbehörde technisch nichts gegen eine Bebauung spreche. Durch eine Versiegelung der Oberfläche würden die versickernden Niederschläge auf der Fläche minimiert werden. Der Austrag sei im Moment überschaubar gering und es wäre wünschenswert, wenn er noch weiter verringert würde. Da der Ablagerungskörper selbst durch eine Bodenschicht abgedeckt sei, werde eine Gefahr bei einer Nutzung als Gewerbegebiet nicht gesehen. Die Bauphase würde durch das Altlastenreferat begleitet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17f)	<b>Farbliche Markierung von Fahrradwegen in Kreuzungsbereichen</b> - 5- / - ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17g)	<b>Lärmaktionsplan 2013</b> <b>Vorstellung der Lärmkarten</b> -22-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17h)	<b>Übersicht über die kurz-, mittel- und langfristigen Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken im Land Bremen</b> <b>- Beantwortung der Fragen der Lärminitiative-</b> -22- / 5	BdV schriftlich	L/S
----------	---	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 23. Sitzung der staatlichen Deputation vom 13.6.2013

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Antworten zur Kenntnis.

TOP 17i)	<b>Wichtige Baustellen im Straßennetz im Jahr 2013</b> -5-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17j)	<b>Stadterneuerungsprogramme</b> <b>„Sanierung und Entwicklung“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz West“</b>  <b>Sanierungsgebiet Hohentor/Alte Neustadt</b> <b>Jahresbericht 2012: Umsetzungsstand der Projekte</b> -720-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17k)	Asbesthaltige Spachtelmassen und Fliesenmörtel	BdV schriftlich	L/S
----------	--	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 23. Sitzung der staatlichen Deputation vom 13.6.2013

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation bittet um weitere Berichterstattung, spätestens nach Abschluss der geplanten Untersuchungen.

TOP 18	Verschiedenes		
TOP 18a)	Bearbeitungsdauer von Bauanträgen im Rahmen des Bündnisses für Wohnen	BdV mündlich	S

**Herr Viering** erläutert, dass die Frage war, was im ersten Schritt eines Baugenehmigungsverfahrens getan werden könne, damit die Beteiligten wissen, ob ihr Antrag vollständig sei. Die Laufzeit von Anträgen hänge von vielen Faktoren ab. Bei Eingang eines Antrags werde zunächst eine Akte angelegt und die Unterlagen eingescannt. Daran seien bereits mehrere Personen beteiligt. Innerhalb von zehn bis zwölf Arbeitstagen sei eine formale Vollständigkeitsprüfung, eine Eingangsbestätigung mit einer Mängelliste machbar. Inhaltlich werden die Unterlagen im weiteren Verfahren geprüft und dabei könne sich ergeben, dass weitere Unterlagen nachzureichen seien. Das eigentliche Genehmigungsverfahren zu optimieren sei wünschenswert, hänge jedoch auch von äußeren Faktoren ab. Es seien dabei andere Stellen zu beteiligen und ein erhebliches Maß an Verantwortung liege auch bei den Antragstellern.

Auf Nachfrage von **Frau Neumeyer** erklärt **Herr Viering**, dass die Bearbeitungsdauer von vier Wochen für eine Genehmigungsfreistellung für Wohngebäude im Bereich qualifizierter Bebauungspläne, sofern keine Dispense beantragt werden, gesetzlich geregelt sei und eingehalten werde.

**Herr Gottschalk** möchte wissen, ob es eine Statistik darüber gebe, wie häufig Anträge unvollständig seien und welche Unterlagen fehlen würden. Daran ließe sich feststellen, wo die Probleme liegen.

**Frau Dr. Schierenbeck** weist darauf hin, dass der Gesetzgeber immer mehr Ansprüche an die Bauenden stelle, wie Barrierefreiheit, Energieeffizienz usw. Diese Ansprüche müssten auch kontrolliert werden. Deshalb habe man in der letzten Legislaturperiode die Durchführungsverordnung zur Energieeinsparverordnung beschlossen. Dies sei für die Antragsteller kompliziert und könne dazu führen, dass Unterlagen nicht immer optimal seien. Und es erfordere eine bestimmte Zeit um einen ENEV-Nachweis zu kontrollieren. Dies sei zu berücksichtigen, wenn man über die Dauer von Genehmigungsverfahren spreche.

**Herr Imhoff** berichtet aus eigener Erfahrung, dass sich erst nach Wochen herausgestellt habe, dass bei seinem Antrag eine Unterlage fehlte. Es müssen beide Seiten betrachtet werden, und nur wenn man wisse, weshalb Verzögerungen auftreten, könne man Abläufe verbessern.

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert daran, dass die Bauverwaltung eine koordinierende Funktion zwischen den zu beteiligenden Behörden habe. Dazu gehöre beispielsweise die Feuerwehr, die Gewerbeaufsicht und die Beteiligung der Ortsämter und der Beiräte. Am Ende aller Abstimmungsprozesse werde die Genehmigung mit hoher Qualität geliefert. Der Bauantragsteller könne sich darauf verlassen, dass alle Belange geprüft und abschließend bearbeitet wurden.

Dafür habe man sich vor mehreren Jahren in einem bewussten Prozess im Rahmen der Mittelstands- Enquête entschieden.

**Herr Gottschalk** regt an, eine technische Lösung zu finden, damit Antragsteller sich jederzeit selbst über den Bearbeitungsstand informieren können.

**Herr Staatsrat Golasowski** berichtet, dass es solche Überlegungen im Hause bereits gebe und dies weiter geprüft werde.

**Herr Pohlmann** betont die Servicefunktion der Verwaltung. Die Exekutive insgesamt müsse gemeinsam an dem Ziel arbeiten, Abläufe zu optimieren und sich an dem beschlossenen Ziel orientieren, in allen Bereichen des Wohnungsbaus voran zu kommen.

<b>TOP 18b)</b>	<b>Sachstand Neuwieder Straße 1</b>	BdV mündlich	S
-----------------	-------------------------------------	-----------------	---

**Herr Viering** berichtet, dass man weiter mit allen Beteiligten wie der Stadtteilgruppe Tenever und dem Sozialressort im Gespräch sei. Heute habe eine Begehung mit dem Eigentümer im Gebäude stattgefunden, u. a. um festzustellen, welche Mängel baurechtlich relevant seien.

<b>TOP 18c)</b>	<b>Sachstand Container am Bultensee</b>	BdV mündlich	S
-----------------	---	-----------------	---

**Herr Viering** weist darauf hin, dass derzeit noch kein Antrag vorliege. Man führe aber informelle Gespräche, um gemeinsam zu einer Lösung zu kommen.

<b>TOP 18d)</b>	<b>Sachstand Gebäude Friedrich-Humbert- Str. 156</b>	BdV mündlich	S
-----------------	--	-----------------	---

**Herr Donaubauer** führt auf Nachfrage von **Frau Neumeyer** aus, dass das Gebäude vom Bauamt Bremen Nord kontinuierlich kontrolliert werde und man in Kontakt mit den Anwohnern stehe. Im Rahmen der bisherigen Kontrollen sehe das BBN die Standsicherheit als nicht gefährdet an, wodurch es bauaufsichtlich keine Einflussmöglichkeit gebe.

<b>TOP 18e)</b>	<b>Umsetzungsstand der Gleisersatzbaumaßnahme Schwachhauser Heerstraße</b>	BdV mündlich	S
-----------------	--	-----------------	---

**Frau Pieper** berichtet, dass sich die Maßnahme, die im September letzten Jahres in der Deputation vorgestellt worden sei, in der Umsetzung befinde und voraussichtlich Ende August abgeschlossen sein werde.

TOP 18f)	Berichtswunsch von Herrn Werner über den Sachstand zur Umsetzung des Leitbild 2020	BdV mündlich	S
TOP 18f)	Berichtswunsch von Herrn Gottschalk zum Bunkerabriss Braunschweiger Straße/ Celler Straße	BdV mündlich	S

Die beiden Berichte werden zu einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

TOP 18f)	Deputationsreise	BdV mündlich	S
----------	------------------	-----------------	---

**Frau Dr. Schierenbeck** bittet die Verwaltung einen Tagesausflug zur IBA in Hamburg und eine entsprechende Beschlussvorlage für die nächste Sitzung vorzubereiten.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 24. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll